

Informationsgespräch zur möglichen Ansiedlung einer Forensik am 10.09.2018

Teilnehmer:

- Elterninitiative Keine Forensik in Wuppertal:
Frau Mahlert, Herr Mahlert, Herr Schmidt

- Bürgerinitiative Kleine Höhe:
Herr Lawrenz

- Bürgerinitiative Keine Forensik auf Lichtscheid:
Herr Weber

- Bürgerverein Hochbarmen e.V.:
Herr Vogel

- Kreisbauernschaft:
Herr Dahlmann und Herr Bröcker

- Bezirksvertretung Uellendahl-Katernberg:
Herr Lüppken, Herr Zenz

- Stadtverwaltung:
Herr Oberbürgermeister Mucke, Herr Beigeordneter Dr. Kühn,
Herr Beigeordneter Meyer, Herr Braun (105), Herr Dr. Solar (Stabsstelle
Bürgerbeteiligung), Herr Telian (Büro OB)

Beginn: 18.00 Uhr

Ende: 19.20 Uhr

Herr Oberbürgermeister Mucke informiert über die aktuelle Entwicklung.
Das letzte Treffen mit diesem Teilnehmerkreis habe Mitte Oktober 2017 stattgefunden.
Danach habe es über längere Zeit keine aktuellen Entwicklungen gegeben.
Am 06.03.2018 seien die Bürgerinitiativen darüber unterrichtet worden, dass das Land im
Dezember 2017 angekündigt habe, möglicherweise die Bereitschaftspolizei am Standort
Müngstener Straße zu belassen. Zunächst sollte diese Entscheidung im 1. Quartal 2018
fallen; diese Frist sei dann vom Land bis Ende des 1. Halbjahres verlängert worden.

Unmittelbar vor den Sommerferien d.J. habe das Land dann die Entscheidung verkündet, dass die Bereitschaftspolizei an der Müngstener Straße verbleiben muss. Als Begründung sei angeführt worden, dass der Bedarf an Ausbildungs- und Raumkapazitäten aufgrund des Aufgabenzuwachses der Polizei gestiegen sei. Mit dieser einseitig vom Land verkündeten Entscheidung ergebe sich eine völlig neue Sachlage. Die im Jahr 2015 zwischen der Stadt Wuppertal und dem Land getroffenen Vereinbarung sei damit nämlich hinfällig. Das Land habe seinerzeit zugesagt, das ursprünglich für die Ansiedlung einer Forensik präferierte Grundstück an der Müngstener Straße der Stadt für eine wohnbauliche Entwicklung zur Verfügung zu stellen, wenn die Stadt die notwendigen planungsrechtlichen Schritte zur Ansiedlung der Forensik auf einem Teilbereich der Kleinen Höhe einleite.

Die Stadt habe ihren Teil der Vereinbarung eingehalten. Das Verfahren an der Kleinen Höhe sei bereits weit fortgeschritten. Für die wohnbauliche Entwicklung am Standort Müngstener Straße gebe es einen entsprechenden planungsrechtlichen Aufstellungsbeschluss.

Aufgrund der aktuellen, nicht vorhersehbaren Entwicklung, die die Minister Reul und Laumann in einem persönlichen Gespräch erläutert hätten, habe es eine Neubewertung der Sachlage durch Verwaltung und Politik geben müssen.

Das Land habe deutlich gemacht, dass es die Weiterführung des Verfahrens zur Ansiedlung der Forensik auf der Kleinen Höhe erwarte. Sollte die Stadt Wuppertal dazu nicht bereit sein, werde das Land auf sein eigenes Grundstück an der Parkstraße zugreifen und dort das Verfahren zur Ansiedlung der Forensik einleiten.

Daher sei nunmehr vorgesehen, den zuständigen politischen Gremien vorzuschlagen, die Planverfahren „Kleine Höhe“ fortzusetzen und mit dem Land die Entwicklung des Grundstücks an der Parkstraße für Gewerbeansiedlungen zu vereinbaren.

OB Mucke erklärt an dieser Stelle, dass mit der Ansiedlung der Forensik auf der Teilfläche der Kleinen Höhe für ihn die Entwicklung der gesamten Fläche Kleine Höhe abgeschlossen sei.

Frau Mahlert äußert ihr Unverständnis über die aktuelle Entwicklung und die bereits jetzt in das Verfahren eingebrachte Vorlage der Verwaltung.

Sie halte eine grundsätzliche Neubewertung der Sachlage für zwingend erforderlich, weil der Vereinbarung aus dem Jahre 2015 die wesentlichen Grundlagen entzogen seien.

Die entscheidende Gegenleistung des Landes für die aus Sicht der Bürgerinitiative falsche Entscheidung zur Entwicklung der Fläche Kleine Höhe sei entfallen – nämlich die Entwicklung der Fläche Kleine Höhe für Wohnungsbau.

Aus Ihrer Sicht müsse es jetzt eine erneute planerische Abwägung geben, ob die Stadt unter den neuen Rahmenbedingungen dem Land die Fläche Kleine Höhe weiterhin anbiete. Sie verstehe es überhaupt nicht, dass jetzt ohne weitere Verhandlungen das Verfahren an der Kleinen Höhe weitergeführt werden solle.

Herr Oberbürgermeister Mucke erklärt, die Minister Reul und Laumann hätten ihm deutlich gemacht, dass das Land keine erneute Prüfung von Standortalternativen vornehmen werde.

Die Forensik werde auf jeden Fall in Wuppertal errichtet. Es bestehe – so die Minister – auch zeitliche Dringlichkeit, da der Bedarf an Forensik-Plätzen zurzeit nicht gedeckt sei.

Herr Lüpken verweist auf die ablehnende Haltung der Bezirksvertretung Uellendahl-Katernberg und dazu gefasste Beschlüsse. Im Übrigen kritisiert er, dass die jetzt in das Verfahren eingebrachte Vorlage eine Befassung der BV, die rechtlich vorgeschrieben sei, nicht berücksichtigt habe. Erst auf ausdrücklichem Hinweis der BV sei die Beratungsfolge dann geändert worden.

Herr Bröcker lehnt aus grundsätzlichen Erwägungen die Bebauung der Kleinen Höhe ab. Es handele sich hier um eine ökologisch wertvolle und landwirtschaftlich genutzte Fläche.

Deshalb werde die Landwirtschaft hier weiterhin Widerstand leisten.

Dass die Stadt nach Wegfall der Grundlagen der getroffenen Vereinbarung jetzt die Planverfahren weiterführen wolle, sei für ihn völlig unverständlich. Denn jetzt sei das Land am Zuge, selbst eine Alternativfläche zu finden.

Frau Mahlert macht nochmals auf das aus ihrer Sicht zwingend notwendige Erfordernis einer erneuten Abwägung aufmerksam. Die Entwicklung der Kleinen Höhe sei immer mit der wohnbaulichen Entwicklung an der Müngstener Straße verknüpft worden.

Im Übrigen sei aus ihrer Sicht der politische Wille zur Ausweisung der Fläche an der Parkstraße als Gewerbefläche noch gar nicht erkennbar.

Herr Lawrenz erklärt unter Hinweis auf die Äußerungen von Oberbürgermeister Mucke, dass es keine belastbare Sicherheit dafür gebe, dass nach Ansiedlung der Forensik die Restfläche der Kleinen Höhe geschützt bleibe.

Im Übrigen verweist er darauf, dass all diejenigen, die Einwendungen im Laufe der Planverfahren gemacht hätten, keinerlei Rückmeldung – auch keine Eingangsbestätigung – erhalten hätten.

Herr Oberbürgermeister Mucke erklärt, dass er persönlich die weitere Entwicklung der Kleinen Höhe nach der Ansiedlung der Forensik ablehne und sich hierfür politisch einsetzen werde. Aktuell seien auch keine Initiativen aus der Politik in Richtung der weiteren Entwicklung der Kleinen Höhe - über die Ansiedlung der Forensik hinaus - erkennbar.

Herr Dahmann verweist auf die hohen Erschließungskosten zur Entwicklung der Kleinen Höhe und bekräftigt die Ablehnung der Landwirtschaft zur Ansiedlung der Forensik.

Herr Braun erläutert das weitere planungsrechtliche Verfahren. In die Sitzung des Stadtentwicklungsausschusses am 13.09.2018 werde die den Bürgerinitiativen bereits bekannte Vorlage eingebracht. Danach erfolge die nach Gemeindeordnung erforderliche Beteiligung der Bezirksvertretung Uellendahl-Katernberg. Danach müsse der Stadtentwicklungsausschuss die Entscheidung treffen. Die jetzt in das Verfahren eingebrachte Vorlage enthalte den Auftrag der Politik an die Verwaltung, die Planverfahren fortzusetzen.

Herr Oberbürgermeister Mucke erklärt, dass das Letztentscheidungsrecht zur Fortführung der Planverfahren selbstverständlich bei der Politik liege.

Im Übrigen stehe fest, dass zum weiteren Vorgehen, insbesondere was die Entwicklung der Fläche an der Parkstraße für Gewerbeansiedlungen anbelangt, eine schriftliche Vereinbarung mit dem Land getroffen werden müsse. Daran werde zurzeit gearbeitet.

Im Übrigen sage er zu, dass die Bürgerinnen und Bürger, die Anregungen im Rahmen der Planverfahren gemacht hätten, in der nächsten Zeit eine Eingangsbestätigung erhielten. Darüber hinaus werde im Internet – ergänzend zu diesem Protokoll – über die Schritte des Planverfahrens transparent informiert.

Neuer Termin:

Ein erneutes Gespräch in diesem Teilnehmerkreis findet unmittelbar nach den Herbstferien statt


Telian

2. Durchschrift: alle Gesprächsteilnehmer

3. Wvl. (sofort)